

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Elbeblatt
Tageblatt, Nr. 20.

Amtsblatt

Samstag
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 64.

Montag, 19. März 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßburg, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelnummern für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Aufgehoben

Ist die auf Dienstag, den 20. d. M. Vorm. 10 Uhr im Gasthose zu Wohlts angelegte Versteigerung einer Kuh und eines Korbwagens.

Riesa, 19. März 1894.

Der Gerichtsvollzieher.
Sct. Edam.

Anzeigen

„Riesner Tageblatt“ erbiten und spätestens bis Vormittag 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.

Die Geschäftsstelle.

Doppelwährung u. Waarenpreise.

Das vielumstrittene Thema, welches die beste Währung für die zivilisierten Völker der Erde ist, hat schon viel Staub aufgewirbelt und ist so schwer verständlich, daß man für jede neue Beleuchtung dieser Frage dankbar sein muß. Die Begeisterung in Dresden, welche sich die Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse angelegen sein läßt, hatte für einen Vortrag über Bimetallismus und Waarenpreise den Professor Dr. Witten aus Jena gewonnen, der vor einem zahlreichen Publikum, ohne Voreingenommenheit für die eine oder die andere Richtung, am Sonnabend folgendes entwickelte:

Die Frage nach der besten Währung ist durch den Zusammentritt der Währungsraute in Berlin in ein neues Stadium getreten. Ein Land, welches so glücklich ist, das Ausland nicht zum Zweck des Exportes und Importes gebrauchen zu müssen, kann sich jeden Kammers in die Währung entschlagen. Die Zeiten eines Kultur, welcher das Geld aus Eisen anfertigen ließ, um den Handelsverkehr mit anderen Völkern zu verhindern, sind jedoch vorüber. Auf dem Weltmarkte gilt die Münze nur nach dem Handelswert, welches das Münzmetall nach dem Einschmelzen besitzt. Dem Auslande gegenüber könnte die Prägung unterbleiben, Metallbarren bewirkten den Ausgleich im Verkehr auch. Das Edelmetall vermittelt durch die ihm innewohnende Werthbehaftigkeit den Verkehr mit dem Auslande und unterliegt den gewöhnlichen Preisbestimmungsfaktoren, besonders dem Angebot und der Nachfrage. Es wäre ja sehr wünschenswert, wenn ein fester Maßstab für den Werth der gewöhnlichen Güter gefunden würde, doch ist dies undenkbar. Die erste Bedingung zur Erhaltung einer Stetigkeit des Werthes der Edelmetalle ist, daß die Produktionsmenge dieser Metalle mit dem Werthe der erzeugten Güter gleichen Schritt hält. Ein Mangel an Zirkulationsmitteln ist jetzt nicht eingetreten. Deutschland besitzt 65—70 Mark, England und Frankreich mehr als das Doppelte pro Kopf der Bevölkerung an metallenen Zirkulationsmitteln. Vor nicht zu langer Zeit hatte Deutschland nicht die Hälfte der vorgenannten Summe. Auch das Sinken der Waarenpreise läßt einen Schluß auf den Mangel an Gold nicht zu. Auch als England das einzige Goldwährungsland war, und ein solcher Mangel nicht bestand, fielen trotzdem die Waarenpreise mehr und mehr. Nachdem jetzt allerdings die ganze zivilisierte Welt in die Bewegung eingetreten ist, bei sich die Goldwährung einzuführen, wird der Kampf um das Gold entbrennen und, wie überall, der wirtschaftlich stärkste den Sieg davontragen. Hoffnungsvoll ist allerdings die Goldwährungsfrage nicht, wenn die Indier, welche jetzt Unsummen von Silber haben, sich dem Golde hinneigen. Kann man sich aber auch nicht der Ueberzeugung verschließen, daß das Gold nicht für alle Länder Währungsmetall werden kann, so sind doch Befürchtungen nicht vorhanden. Die Goldproduktion ist dauernd gestiegen und dürfte die erreichte Höhe noch lange behalten. Es muß allerdings zugegeben werden, daß die erzeugte Menge noch zu knapp ist, wenn etwa Rußland sich entschließen sollte, die Goldwährung bei sich einzuführen. Der Kampf um das Gold muß die Preise der Güter drücken; es drohen, wenn er überall entbrennt, schwere Krisen und die Länder, welche vom Auslande unabhängig sind, werden als Sieger hervorgehen. Aber auch hohe Preise führen zu Krisen und der Nutzen, den die Landwirtschaft davon hat, wird durch steigende Arbeitslöhne, durch theureren Kredit und den sich sofort nach aufwärts bewegenden Preisen aller Lebensbedürfnisse bald ausgeglichen und wenn normale Preise wiederkehren werden, wie bei zurückgehender Hochfluth, Viele auf dem Trocknen sitzen. Die Lage der Landwirtschaft ist in manchen Gegenden eine verzweifelte; doch ist es ganz verfehlt, dies auf die Goldwährung zu schieben. Ein festes Werthverhältnis der Münzmetalle zu einander bestand in den Ländern der lateinischen Münzkonvention, welche sich vortrefflich bewährte, so lange der Preis der Edelmetalle auf

dem Weltmarkte eine gewisse Stetigkeit hatte und man für 1 Pfd. Gold 15 1/2 Pfd. Silber bekam. Als der Preis aber schwankte, häuften sich auch dort die Schwierigkeiten, hervorgerufen besonders durch die freie Prägung, welche es Jedem gestattet, seine Metallbarren in Münzen ausprägen zu lassen und wovon dann besonders Gebrauch gemacht wird, wenn der Weltmarktpreis unter dem festen Werth der Münzen sinkt, zumal jetzt, wo man für 1 Pfund Gold 30 Pfund Silber erhält. Ein Aufheben der freien Prägung bedeutet aber ein Aufgeben der Doppelwährung. Mit der freien Prägung steht und fällt dieselbe. Die Anhänger der Doppelwährung glauben durch Festlegung des Werthverhältnisses von Gold und Silber ein weiteres Sinken der landwirtschaftlichen Produkte aufhalten zu können, doch ist es nicht erwiesen, daß der höhergehende Preis des Goldes an dem Darniederliegen der Landwirtschaft schuld ist, und es ist sehr thöricht, alle Hoffnung auf Beseitigung der Goldwährung zu setzen. Es ist falk, auf Frankreich hinzuweisen, welches seit 1803 die Doppelwährung hatte. Zwar folgte eine längere Zeit der Stetigkeit in den Werthverhältnissen der Edelmetalle; die großen kalifornischen und australischen Goldfunde änderten dies jedoch mit einem Schlage, der Preis des Silbers stieg und die französische Doppelwährung hatte Fiasco gemacht — längst, ehe in Deutschland die Goldwährung eingeführt wurde.

Eine französische Währungsraute, die Ende der 60er Jahre einberufen wurde, entschied sich für eine Goldwährung, und die praktischen Engländer wünschten zwar die Doppelwährung aber nur — anderen Ländern, aber ja nicht für Großbritannien. Eine internationale Doppelwährung dürfte nur Stand halten, wenn die Produktionsmengen der Edelmetalle stets gleiche blieben. Bei der ersten Schwankung in den Produktionsverhältnissen würde ein solcher Vertrag gelündigt oder gebrochen. Die sinkende Baluta kann ein Land vorübergehend konkurrenzfähig machen, der Gewinn kommt aber nur dem kleinen Häuflein Exporteuren zu Gute, der Produzent und Arbeiter hat vorläufig nichts davon, nur bei längerer Andauer dieses Zustandes steigen die Produktionskosten allmählich bis zum Ausgleich der Baluta. So sind in Rußland in einer solchen Periode die Arbeitslöhne auf das Doppelte gestiegen. Theoretisch läßt sich eine Erhöhung der Höhe Deutschlands bei sinkendem Geldwerthe Rußlands u. wohl recht hübsch ausmalen und vertheidigen, aber ungemein schwer durchzuführen.

Die jetzigen Zustände im Münzwesen drängen zur Entscheidung, doch werden alle Enqueteen wohl kaum zur Doppelwährung führen, da alle internationalen Verabredungen nicht im Stande sind, den Silberpreis festzulegen. Wir müssen den Kampf um die Währung muthig aufnehmen. Ob es Oesterreich gelingen wird, Gold in hinreichender Menge an sich zu ziehen und fest zu halten, ist noch sehr fraglich. Wir wissen nicht, wie die Entscheidung in Amerika und Indien ausfallen wird. Deutschland ist glücklicher Weise in der Lage bei einem Währungskampfe die Offensive andern überlassen zu können. Ob aber eine Erhöhung des Silberpreises auch eine Preissteigerung der Produkte mit sich bringt, wie die Landwirtschaft hofft, ist sehr fraglich und würde dieselbe, wenn sie wirklich einträte, wohl bald auf alles andere sich mit erstrecken. —ch.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Kaiser die Abreise nach Abgazia um 24 Stunden verschoben hat, demnach erst am Dienstag früh Berlin verläßt und am Mittwoch Nachmittag dort eintrifft. Auf der Reise nach Abgazia wird der Kaiser voraussichtlich begleitet sein vom Generalmajor von Plessen als Kommandanten des Hauptquartiers, dem Oberst von Lippe als Vertreter des Militärkabinetts, dem Admiral Freiherrn von Soden als Chef des Marinelabinetts, den Flügeladjutanten

Kapitän zur See v. Arnim und Oberstleutnant Freiherrn von Seckendorff, dem Generalarzt Dr. Kuntzold und dem Vertreter des Auswärtigen Amtes Geh. Legationsrath von Adleren-Wächter.

Der Kaiser verließ dem Reichskanzler Caprioli die Rette zum Hausorden von Hohenzollern, dem Staatssekretär von Marschall das Großkreuz des rothen Adlerordens und dem Gesandten Thielmann den Kronenorden zweiter Klasse mit Stern.

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben: Die „Tägliche Rundschau“ knüpft an die Meldung von der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers auf dem Diner des Herrn Finanzministers die weitere Mittheilung, daß „der Finanzminister in letzter Zeit mehrfach sich mit dem Grafen Herbert Bismarck über die politische Lage herathen hat“. Wir wollen annehmen, daß es sich hierbei um nichts weiter, als um einen schlechten Scherz handelt. Der Herr Finanzminister und der Reichstagsabgeordnete Graf Bismarck mögen während der jüngsten gesellschaftlich sehr bewegten Wochen in fremden Häusern einander begegnet sein. „Berathungen“ über die politische Lage bei Kaffee und Zigarre haben aber schwerlich stattgefunden.“ — Von dem Wahle bei Herrn Dr. Miquel meldet übrigens noch die „Nat.-Ztg.“, der Kaiser habe die Agrarier im Gespräch ziemlich links liegen lassen. Jeder, der die Ausführungen des Kaisers bei dem Diner angehört, habe nur den Eindruck empfangen können, wie verstimmt der Kaiser wegen der agrarischen Präntensionen sei, und daß er fest entschlossen sei, an der bisherigen Handelspolitik festzuhalten.

In dem Prozeß Mack-Schweinhagen verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagten: Plac zu einem Jahr neun Monate Gefängniß unter Anrechnung von sechs Monaten auf die Untersuchungshaft, Demwald zu drei Monaten Gefängniß, Schweinhagen zu ein Jahr Gefängniß unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft. Dem Finanzminister Dr. Miquel und dem Reichskanzler Grafen Caprioli wird die Publikationsbefugniß für den „Reichsanzeiger“ zugesprochen. Der Gerichtshof nahm an, daß die Behauptungen der Angeklagten Plac und Schweinhagen über Herrn Dr. Miquel geradezu unwahr seien. Von allen in der Broschüre gegen Herrn Dr. Miquel aufgestellten Behauptungen sei die direkte Unwahrheit nachgewiesen worden. Der Satz des § 193 steh dem Angeklagten Plac nicht zur Seite. — Die von dem Angeklagten Schweinhagen gegen den Finanzminister erhobenen Angriffe hätten sich gleichfalls sämtlich als unbedeutend erwiesen. Alle über den Finanzminister aufgestellten Behauptungen seien unwahr und ehrenkränkend. Ebenso die Aeußerungen über den Reichskanzler. Von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen könne keine Rede sein. Als einziger Willkürsgrund in Betreff des Angeklagten Plac sei angenommen worden, daß dieser sich in fanatischer Weise in seine Behauptungen hinein gelebt habe. Bei der hohen Stellung der beleidigten Beamten müsse auch die Strafe empfindlich sein.

Eine beachtenswerthe Nachricht geht der „B. V. Ztg.“ aus München zu: „Der dortige Landtag hat ein Gesetz angenommen, welches das Aufhängenlassen von Brieftauben beschränkt. So harmlos die Angelegenheit erscheint, so bedeutungsvoll ist sie, denn es handelt sich um eine Maßregel zur Sicherheit der Vaterlandes. Man weiß es, daß den Brieftauben in einem nächsten Kriege eine große Rolle als Depeschenträger zufallen wird. Da nun der Minister Freiherr von Feilitzsch dem Landtage die Aufsehen erregende Mittheilung machte, daß man in letzter Zeit versucht habe, im westlichen Bayern 5000 ausländische Brieftauben aufzuheben zu lassen, so ergiebt sich die Schlußfolgerung von selbst, daß man einem unter Umständen gefährlich werdenden Nachrichtendienst bei Zeiten einen Niegel vorschieben will. Bezeichnend ist es nur, daß die Kriegsvorbereitungen in aller Stille überall mit einem Nachdruck und in einer Ausdehnung getroffen werden, wie keine Geschichtsepochen sie vorher kannte. Der